



05.03.2019

An die
Bürgermeisterin der
Stadt Linnich
- Rathaus -

Antrag auf eine Resolution zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!
zur nächsten Ratsitzung beantragen wir den Tagesordnungspunkt „**Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge**“ auf die Tagesordnung zu nehmen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Linnich beschließt, folgende Resolution der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zu überreichen:

Der §8 Kommunalabgabengesetz für das Land NRW soll dahingehend geändert werden, dass die Rechtsgrundlage für Straßenausbaubeiträge in NRW abgeschafft wird und somit die Kommunen keine Ausbaubeiträge mehr von Anliegern erheben. Die Einnahmefälle der Kommunen sind durch einheitliche und zweckgebundene Zuweisungen des Landes an die Kommunen zu kompensieren.

Begründung:

Wenn das Straßennetz erneuert, erweitert oder verbessert wird, werden die anliegenden Grundstückseigentümer in NRW an den Kosten beteiligt. Dabei regeln die Kommunen die Kostenbeteiligung der Grundstückseigentümer sehr unterschiedlich, wie der Bund der Steuerzahler kürzlich festgestellt hat. Diese Beiträge belasten die Hausbesitzer als betroffene Anlieger oftmals unverhältnismäßig und teilweise existenzbedrohend. Dies wird zunehmend als ungerecht empfunden. Gerade in Zeiten der in den letzten Jahrzehnten entstandenen allgemeinen Mobilität und mit Blick darauf, dass die Nutzung der Straßen in fast allen Fällen durch die Allgemeinheit erfolgt und sich nicht auf die Anlieger beschränkt, kann aus unserer Sicht nicht mehr dem Sachargument, dass die Anlieger die Hauptnutznieser des jeweiligen Straßenausbaus sind, gefolgt werden. Wir halten die bislang geltenden Regelungen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nicht mehr für zeitgemäß und sachgerecht.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung
Heinz-Josef Schiffer
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Manuela Schiffer
Stellv. Fraktionsvorsitzende